Antrag
A13NEU Feministische Entwicklungspolitik - eine Frage von Gerechtigkeit

Antragssteller*innen: EPA

Antragstext

Die feministische Entwicklungszusammenarbeit ist gelebte Realisierung und Wahrung von Kinder- und Menschenrechten. ***Als BDKJ haben wir eine jahrzehntelange Entwicklungspolitische Expertise mit einem speziellen Fokus auf Kinder und Jugendliche, welche gepaarte ist mit einer feministischen Grundhaltung und einem Fokus auf Menschenrechte. Deshalb beschließen wir hiermit unsere Positionen zur feministischen Entwicklungspolitik nach innen und außen und formulieren unsere Forderungen an Politik, Gesellschaft und Kirche.***

Feministische Entwicklungspolitik ist ein transformativer Ansatz in der Entwicklungszusammenarbeit, der die Geschlechtergerechtigkeit und die Stärkung von FINTA* in den Fokus rückt. Sie zielt darauf ab, bestehende Machtstrukturen und Geschlechterungleichheiten aufzuzeigen und zu überwinden, um eine gerechtere und nachhaltigere Entwicklung zu fördern. Somit trägt sie aktiv dazu bei Kinder- und Menschenrechte zu realisieren und zu wahren. Darüber hinaus ist ein positiver Zusammenhang zwischen Gendergerechtigkeit auf der einen und Wohlstand und Frieden auf der anderen Seite wissenschaftlich belegt.1(Fußnote: "https://www.swp-berlin.org/publications/products/aktuell/2022A50_FeministischeAussenpolitik.pdf S.3")

Seit 2021 verfolgt die deutsche Bundesregierung, wie auch *schon*einige andere Länder und Regierungen weltweit, diesen***einen solchen***Ansatz. Doch damit dieser Ansatz nicht nur eine leere Lufthülsen bliebt, braucht es eine starken Einsatz für Menschenrechte und feministische Perspektiven als Querschnittsthema, sowohl in der Innen-, als auch Außenpolitik.

Menschenrechte bilden die Grundlage für feministische Entwicklungspolitik, da sie das Recht auf Gleichbehandlung, Teilhabe, Bildung, Gesundheit, Selbstbestimmung und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt umfassen. Indem feministische Entwicklungspolitik die Menschenrechte von FINTA* in den Mittelpunkt stellt und gezielt darauf hinwirkt, diese Rechte zu verwirklichen, trägt sie zur Stärkung der gesamten Gesellschaft bei und fördert eine inklusive und gerechte Entwicklung für alle Menschen.

Feministische Entwicklungspolitik beinhaltet die Anerkennung der unterschiedlichen Erfahrungen und Bedürfnisse verschiedener Geschlechter in

entwicklungspolitischen Maßnahmen und Programmen. Sie setzt sich für die Förderung von Frauenrechten, die Beseitigung von Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen***FINTA****, die Stärkung von Frauen***FINTA**** in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft sowie die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit in allen Bereichen ein.

Mädchen* und FINTA* in der feministischen Entwicklungspolitik

Der Ansatz der feministischen Entwicklungspolitik fordert auch eine stärkere Beteiligung und Einbeziehung von FINTA* und Mädchen* in Entscheidungsprozessen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Es geht darum, dass die Stimmen und Perspektiven von Frauen***FINTA**** und Mädchen gehört und respektiert werden und bestehende patriarchale Machtstrukturen überwunden werden.

Die feministische Entwicklungszusammenarbeit setzt sich für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Rechte von FINTA* und Mädchen* weltweit ein. Kinderrechte spielen dabei eine entscheidende Rolle, da Mädchen* oft besonders von Diskriminierung und Benachteiligung betroffen sind. Durch die Förderung von Bildung, Gesundheitsversorgung, Schutz vor Gewalt und Förderung von Selbstbestimmung tragen feministische Ansätze zur Stärkung der Kinderrechte bei und ermöglichen es Mädchen*, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen und ihr volles Potenzial zu entfalten.

Der Einsatz für eine feministische Entwicklungszusammenarbeit, ist also zeitgleich auch der Einsatz für mehr Kinderrechte.

Marginalisierte Gruppen in der Feministischen Entwicklungspolitik

Marginalisierte Gruppen spielen eine entscheidende Rolle in der feministischen entwicklungspolitischen Zusammenarbeit (fem EZ), da sie oft am stärksten von Ungleichheit, Diskriminierung und Armut betroffen sind. Durch die Einbeziehung und Stärkung dieser Gruppen in feministischen Entwicklungszusammenarbeitsprojekten wird angestrebt, ihre Stimmen zu hören, ihre Rechte zu schützen und ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Zu marginalisierte Gruppen können insbesondere FINTA*, LGBTQ+- ***queere*** Personen, Menschen mit Behinderungen, indigene Völker, ethnische Minderheiten, Migrant:innen, Menschen in ländlichen Gebieten und vielen anderen Gruppen gehören. Sie haben oft einen erschwerten Zugang zu Bildung, Gesundheitsversorgung, Arbeitsmöglichkeiten und politischer Teilhabe. In der feministischen Entwicklungszusammenarbeit wird darauf abgezielt, diese strukturellen Ungleichheiten anzugehen und marginalisierte Gruppen zu empowern, ihre Rechte einzufordern und ihr eigenes Leben selbstbestimmt zu gestalten.

Durch die Einbeziehung marginalisierter und vulnerabler Gruppen in die Planung, Umsetzung und Überwachung von feministischen Entwicklungszusammenarbeitsprojekten wird gewährleistet, dass ihre Bedürfnisse und Perspektiven berücksichtigt werden. Dies trägt nicht nur zur nachhaltigen Entwicklung bei, sondern stärkt auch die Demokratie, Zivilgesellschaft und

Menschenrechte. Letztendlich ist es entscheidend, dass feminstische Entwicklungszusammenarbeitsprojekte inklusiv und divers sind, um eine gerechtere und inklusivere Welt für alle zu schaffen.

Feministische *Entwicklungspolitik*[EZ] als Sicherheits- und Friedenspolitik

Nur da, wo alle Menschen gleichberechtigt am politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilhaben, sind Gesellschaften stabil und friedlich.

Eine feministische Entwicklungspolitik kann zu einem positiven Frieden beitragen, beispielsweise durch die Förderung von Geschlechtergerechtigkeit und der Teilhabe junger Menschen, marginalisierter Gruppen und FINTA* in Entscheidungsprozessen im Bereich der Friedens- und Sicherheitspolitik.' kann eine feministische Entwicklungspolitik zu einem positiven Frieden beitragen.

Dieses Gruppen sind oft von Konflikten besonders betroffen und ihre Perspektiven und Erfahrungen müssen in die Politik einbezogen werden. Durch die Einbindung aller Geschlechter und Generationen, sowie allen Betroffenen, Stake- und Rightholdern in Friedensverhandlungen können nachweislich resilientere und nachhaltigere und Lösungen erreicht werden. Um als Friedensstifter*innen agieren zu können, müssen die UN-Agenden für "Jugend, Frieden und Sicherheit" sowie "Frauen, Frieden und Sicherheit" aktiv umgesetzt werden**.**

Feministische *Entwicklungspolitik*[EZ] in der Klimaaußenpolitik

FINTA* und Mädchen* sind wie die meisten marginalisierten und vulnerablen Gruppen überproportional von der Klimakrise betroffen. Umso wichtiger ist es auch im Bereich Klimapolitik einen feministischen Ansatz zu verfolgen. Sie sollten in Entscheidungsprozesse einbezogen und aktiv an der Gestaltung von Klimapolitik beteiligt werden. Dies umfasst auch die Förderung von Bildung und Führungsmöglichkeiten im Bereich des Klimaschutzes. Die Auswirkungen der Klimakrise betreffen verschiedene Geschlechter unterschiedlich. Klimapolitik muss deshalb Geschlechteraspekte der Klimakrise berücksichtigen und gezielt Maßnahmen ergreifen, um marginalisierte Gruppen zu schützen und zu stärken. Darunter fallen geschlechterspezifische Anpassungsmaßnahmen und geschlechtersensible Finanzierungs- und Kriseninterventionsmechanismen in durch die Klimakrise verstärkte Extremwetterereignissen.

Klimaaußenpolitik sollte darauf abzielen, strukturelle Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern abzubauen und gleiche Teilhabe für alle Geschlechter zu schaffen. Hierbei sind intersektionale Perspektiven wichtig. Feministische Ansätze können dazu beitragen, neue Lösungsansätze für den Klimawandel zu entwickeln, die nicht nur ökologisch, sondern auch sozial gerecht sind. Die Klimaaußenpolitik sollte mit feministischen Organisationen und Aktivistinnen zusammenarbeiten, um feministische Anliegen in Klimaverhandlungen und -maßnahmen stärker zu integrieren.

Feministische *Entwicklungspolitik*[EZ] und Fairer Handel

Sowohl die feministische Entwicklungspolitik, wie auch der Faire Handel sind beides transformative Ansätze, die systemischen Wandel vorantreiben wollen, welche deshalb als komplementäre Ansätze gemeinsam implementiert werden müssen.

Der faire Handel spielt eine wichtige Rolle für die feministische Entwicklungspolitik, da er dazu beiträgt, die wirtschaftliche Stärkung von FINTA* in Ländern des Globalen Südens zu fördern und bestehende Machtstrukturen zu überwinden. Durch faire Löhne, gerechte Arbeitsbedingungen und den Zugang zu Bildung und Gesundheitsdiensten ermöglicht der faire Handel FINTA* in Ländern des Globalen Südens, ihre eigenen wirtschaftlichen und sozialen Rechte zu verwirklichen.

Außerdem trägt der faire Handel dazu bei, Geschlechterungleichheiten und Diskriminierung zu bekämpfen, indem er Frauen***FINTA**** in den Produktions- und Handelsprozess einbezieht, ihre Stimme stärkt und ihre Position in der Gesellschaft verbessert. Darüber hinaus fördert der faire Handel ein Bewusstsein für die Bedeutung von Geschlechtergerechtigkeit und FINTA*rechten in der globalen Wirtschaft und sensibilisiert Konsument*innen für diese Themen.

Fairer Handel ist notwendig, da er die Defizite und Verwerfungen adressiert, welche meist weder von staatlichen Gesetzgebungen noch von den wirtschaftlichen Akteuren angegangen werden bzw. im Gegenteil von diesen eher verursacht oder ungünstig beeinflusst werden.

Eine feministische Entwicklungspolitik erfordert darüber hinaus die selbstreflexive Auseinandersetzung mit den eigenen Privilegien und der aus der Geschichte des Kolonialismus und Kapitalismus gewachsenen finanziellen sowie politischen Deutungs- und Entscheidungsmacht des Globalen Nordens.

Der Faire Handel hat in vielen Kontexten Veränderungen in patriarchalen Strukturen erreichen können, deshalb sind der Faire Handel und die feministische Entwicklungspolitik strategische Partner in der kontinuierlichen Selbstreflexion, Weiterentwicklung und Überwindung von Machtstrukturen.

Forderungen an die Politik und Gesellschaft

- Umsetzung einer intersektionalen feministischen Außen- und Entwicklungspolitik mit Menschen- und Kinderrechtsfokus.
- Rechte, Repräsentation, Ressourcen sowie Diversität als wichtige Bausteine von feministischer Entwicklungspolitik implementieren und durch notwendige zusätzliche Bausteine wie Evaluierung und Research ergänzen und weiterentwickeln
- Etablierung von (unabhängiger) Evaluierung sowie Wirkungsanalyse der Feministischen Außenpolitik und Feministischer Entwicklungspolitik Strategien und ihre Implementierung
- Stärkere Mitentscheidung von Betroffene in allen Entscheidungsprozessen die sie direkt und indirekt betreffen sowie themenübergreifendes

Mainstreaming von Stakeholder- und Rightholderengagement in allen Politikfeldern und Entscheidungen, mit besonderem Fokus auf feministische Akteur*innen

- Umsetzung bestehender der UN - Agenden (z.B. Istanbul Konvention, Women, Peace, Security; Youth, Peace, Security; Agenda 2030)

- feministische Ausrichtung klimapolitischer Maßnahmen feministisch ausrichten z.B. geschlechtergerecht gestaltete Anpassungsmaßnahme

- Bedarfsorientierte und stabile finanzielle Förderung besonders für Projekte feministischer Entwicklungszusammenarbeit

- Feministische Entwicklungszusammenarbeit als Mainstreaming Thema für alle internationalen Kooperationsmaßnahmen

- diverse und geschlechtergerechte Besetzung von politischen Ämtern und Delegationen

Forderungen an die Kirche

- Feministische Entwicklungspolitik als Paradigma in allen kirchlichen Kontexten etablieren

- Feministische Entwicklungspolitik als Fokusthema in der DBK Kommission Weltkirche

- Etabilierung, Praktizieren und Voranteiben des Themas feministischer Entwicklungspolitik im Rahmen der kirchlichen Hilfswerke

Feministische *Entwicklungspolitik*[EZ] in der Arbeit des BDKJ und dessen Verbände

- Wir setzen uns innerhalb des BDKJs und seiner Verbände für die Sensibilisierung für feministische Themen und die Bedeutung der Gleichstellung der Geschlechter ein

- im entwicklungspolitisches Engagement des BDKJs und seiner Verbände in In- und Ausland (d.h. u.a. Partnerschaften, Freiwilligendienste) soll feministische Entwicklungszusammenarbeit eine entscheidende Rolle spielen
- Die Austauschrunde der entwicklungspolitischen Referent*innen soll sich mit dem Thema der feministischen Entwicklungspolitik beschäftigen
- Wir setzen uns für klimapolitische feministische und intersektionale

Lösungen ein

- Wir reflektieren koloniale Kontinuitäten und setzen uns für ein Aufbrechen dieser Machtstrukturen ein.
- Wir machen uns als BDKJ stark für den Fairen Handel und fordern intersektionale, feministische Perspektiven auf Handelsrealitäten.

Begründung

Der EPA hat sich im Rahmen seiner Studientagung mit dem Konzept der feministischen Entwicklungspolitik auseinandergesetzt. Seit 2021 verfolgt die deutsche Bundesregierung diesen Ansatz. Wir sehen diesen Ansatz als Chance, doch nur, wenn dieser auch proaktiv gelebt wird und nicht als leere Worthülse. Dieser Antrag soll sich mit unsere Forderungen nach einer feministischeren Entwicklungspolitik im In- und Ausland beschäftigen und die Relevanz für den BDKJ und die Jugendverbände. Voraussichtlich wird der EPA noch einmal einen weitgehenden Änderungsantrag zu diesem Antrag einreichen.